

# Antrag E 084: Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch

Laufende Nummer: 1003

<b>Antragsteller*in:</b>	Gewerkschaftsrat
<b>Status:</b>	Angenommen in geänderter Fassung durch Änderungsantrag E 084 -Ä002 · E 084 -Ä003 · E 084 -Ä008 · E 084 -Ä010
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung durch Änderungsantrag E 084 -Ä002 · E 084 -Ä003 · E 084 -Ä008 · E 084 -Ä010
<b>Auf diesen Antrag verweisende Anträge:</b>	E 085, E 087, E 097, E 099, E 104, E 106, E 107, E 108, E 109, E 110, E 111, E 112, E 113, E 114, E 115, E 116, E 117
<b>Sachgebiet:</b>	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik
<b>Antragsblock:</b>	SG E - USG E.6 Friedenspolitik - Einzelabstimmung
<b>Blockabstimmung über die Empfehlungen der AK zu den Änderungsanträgen zu E 084</b>	Ja: (66.381 %) 543 Nein: (33.619 %) 275 Enthaltung: 38 Gültige Stimmen: 856
<b>Abstimmung über die Empfehlung der AK</b>	Ja: (79.444 %) 657 Nein: (20.556 %) 170 Enthaltung: 26 Gültige Stimmen: 853

- 1 Der mittlerweile mehr als ein Jahr andauernde völkerrechtswidrige Angriffskrieg  
2 Russlands auf die Ukraine hat die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung nach  
3 dem Ende des Kalten Krieges massiv beschädigt und unermessliches Leid über die  
4 Menschen in der Ukraine gebracht.
- 5 Unser Respekt und unsere Solidarität gehören den bedrohten Menschen in der Ukraine,  
6 die mutig ihre Freiheit verteidigen. Und unser Respekt und unsere Solidarität gehören  
7 auch den Menschen in Russland und Belarus, die sich mutig trotz Verhaftungen und  
8 fortgesetzter Repressionen gegen diesen Krieg stellen.
- 9 ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik entschieden ab und verurteilt den brutalen  
10 Überfall Russlands auf die Ukraine. Die Entscheidung der russischen Führung,  
11 gewaltsam Grenzen zu verschieben, ihr mehrfach wiederholtes Bestreben, einem  
12 großrussischen Reich wieder mehr Geltung zu verschaffen – in welchen Grenzen auch  
13 immer –, ihre Bereitschaft, dafür zahllose Menschenleben unter der Zivilbevölkerung  
14 in der Ukraine zu vernichten wie auch ihre eigenen Soldat\*innen und Söldner\*innen zu  
15 opfern, ist durch nichts zu rechtfertigen oder zu relativieren: Russland muss die  
16 Angriffe einstellen und seine Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Dass Russland  
17 seinen unmenschlichen Angriffskrieg unbeirrt und lediglich gebremst durch die  
18 ukrainische Verteidigung fortsetzt, stellt die europäische wie auch insgesamt die  
19 westliche Staatengemeinschaft und alle, die an Frieden und Sicherheit interessiert  
20 sind, vor schwere Herausforderungen und Dilemmata.
- 21 Die Entscheidung der Europäischen Union wie auch der Bundesregierung, den russischen  
22 Angriff auf die Ukraine nicht unbeantwortet zu lassen und der angegriffenen Ukraine  
23 auf vielfältige Weise zu helfen wie auch Sanktionen zu verhängen, die der russischen  
24 Führung die Fortsetzung des Angriffskrieges erschweren und russische Oligarchen  
25 treffen sollen, die das Kriegsregime stützen, war und ist grundsätzlich richtig. Die

26 Sanktionen müssen dabei zielgenau sein, ihre Einhaltung konsequent überwacht, die  
27 Wirksamkeit überprüft und evaluiert und sie müssen gegebenenfalls angepasst werden.  
28 Die aktuellen Sanktionen werden diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Dies liegt auch  
29 daran, dass die Vermögensverhältnisse in Europa so intransparent sind, dass es nicht  
30 möglich ist, konsequent gegen die Vermögen russischer Oligarchen vorzugehen. ver.di  
31 fordert deshalb Transparenz über die Vermögensverhältnisse in Deutschland und Europa  
32 herzustellen, um konsequent die Stützen des russischen Regimes in den Fokus der  
33 Sanktionen nehmen zu können. Sanktionen, die in erster Linie die breite Bevölkerung  
34 treffen lehnt ver.di ab. Darüber hinaus muss Russland aufgezeigt werden, mit welchen  
35 Schritten es zur Aufhebung der Sanktionen kommen kann. Eine Perspektive, die die  
36 russische Wirtschaft dauerhaft schädigen will, lehnt ver.di ausdrücklich ab. Die  
37 Erwartung, dass Russland die Angriffe sowohl auf militärische Frontlinien auf  
38 ukrainischem Territorium als auch auf zivile Infrastruktur und die Bevölkerung der  
39 Ukraine einstellt und sich zumindest aus ukrainischem Territorium in den Grenzen des  
40 Minsker Abkommens zurückzieht, hat sich bislang nicht erfüllt.

41 Die Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen die russischen Angriffe und ihrem Bemühen um  
42 Wiederherstellung territorialer Integrität auch mit militärischem Material wie Waffen  
43 aus den Reihen der NATO-Mitglieder zu unterstützen, ist völkerrechtlich zulässig und  
44 eine Unterstützung der Angegriffenen, die es ihnen ermöglicht, sich weiter zu  
45 verteidigen. Zugleich ergibt sich daraus für die unterstützenden Staaten wie  
46 Deutschland eine besondere Verantwortung, mit Blick auf Art, Umfang und Schwere  
47 gelieferten militärischen Materials, nicht selbst zu einer Kriegspartei in diesem  
48 Konflikt zu werden. ~~Die Lieferung von immer mehr und schweren Waffen macht~~  
49 ~~Deutschland immer mehr zur Kriegspartei.~~ ver.di lehnt die Lieferung der Taurus-  
50 Marschflugkörper an die Ukraine ab. Das Wohl der eigenen Bevölkerung darf nicht  
51 gefährdet werden.

52 Es gibt in der Bevölkerung unterschiedliche Haltungen, die Sorgen sind unübersehbar:  
53 Gewaltsame Grenzverschiebungen dürfen nicht toleriert und die Ukraine den russischen  
54 Angriffen nicht schutzlos ausgeliefert werden. Das wäre auch ein fatales Signal für  
55 etwaige Folgetaten oder Nachahmungen und in der Konsequenz auch eine Bedrohung für  
56 Deutschland und die osteuropäischen Nachbarstaaten, aber auch für Europa insgesamt  
57 und darüber hinaus. Zugleich darf es nicht zu einer weiteren Eskalation dieses  
58 Krieges kommen, die die Bevölkerung in Europa oder darüber hinaus gefährdet, etwa  
59 indem Russland auf die militärische Unterstützung der Ukraine mit Atomangriffen  
60 reagiert. Beide Sichtweisen sind jeweils nachvollziehbare Positionen und schließen  
61 sich auch nicht zwingend aus. Auch wenn sie unterschiedliche „Risikofaktoren“ in den  
62 Blick nehmen – die jeweils für sich nicht in Abrede zu stellen sind –, treffen sie  
63 sich in der Sorge um eine Ausweitung und Zuspitzung des Krieges und dem Wunsch nach  
64 Frieden. Sie entsprechen dem Meinungsspektrum auch in der Mitgliedschaft. Diese  
65 unterschiedlichen Meinungen haben ihren Platz in ver.di – ver.di steht für einen  
66 respektvollen Umgang untereinander, auch bei strittigen Themen. Uns eint die  
67 Ablehnung eines Denkens in rein militärischen Kategorien.

68 Der öffentliche Diskurs zum weiteren Umgang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine  
69 ist gegenwärtig übermäßig fixiert auf Waffenlieferungen und militärische Lösungen in  
70 Kategorien wie „Sieg“ oder „Niederlage“. Das ist problematisch, da so weder  
71 Strategien der Konfliktbeilegung jenseits militärischer Gewalt in den Blick genommen

72 werden, noch eine Verständigung darüber in Gang kommt, wie eine längerfristig  
73 tragfähige europäische Sicherheits- und Friedensordnung mit Russland jenseits einer  
74 Auf- und Hochrüstungsspirale gegenseitiger Abschreckung aussehen kann. ver.di fordert  
75 die Bundesregierung, die EU und die internationale Staatengemeinschaft auf, alle  
76 diplomatischen Bemühungen zu unternehmen, das Töten und die Vergewaltigung von  
77 Menschen in der Ukraine so schnell wie möglich zu beenden und Perspektiven für  
78 Frieden und Sicherheit in der Region und Europa insgesamt zu erarbeiten.

79 Russlands Angriff auf die Ukraine hat in Deutschland auch eine Debatte über die  
80 zukünftige Ausrichtung und Ausrüstung der Bundeswehr eröffnet. Angesichts der  
81 Erkenntnis, dass es auch im 21. Jahrhundert mitten in Europa zu weitreichenden  
82 militärischen Bedrohungen kommen kann, rücken die Fähigkeiten der Bundeswehr zur  
83 Landes- und Bündnisverteidigung in den Vordergrund, die Frage von internationalen  
84 Auslandseinsätzen demgegenüber in den Hintergrund. ver.di organisiert viele  
85 Zivilbeschäftigte bei der Bundeswehr und auch Soldat\*innen und tritt für eine  
86 Bundeswehr ein, die eine demokratisch kontrollierte Parlamentsarmee bleibt, ihrem  
87 grundgesetzlichen Auftrag als Verteidigungsarmee gerecht werden kann und die im  
88 Grundgesetz verankerte Trennung ziviler Wehrverwaltung und militärischer Organisation  
89 zwingend beachtet. Das ist eine Bundeswehr, die sich als Arbeitgeberin umfassend an  
90 Tarifverträge hält, die Regeln der Mitbestimmung einhält und bei der alle  
91 Beschäftigten, einschließlich der Soldat\*innen so ausgestattet sind, dass sie ihre  
92 Aufgaben erfüllen können. Dabei ist der Soldat\*innenberuf kein Beruf wie jeder  
93 andere, weshalb es eine besondere Sensibilität in der Bewerbung und öffentlichen  
94 Darstellung der Bundeswehr bedarf. Dazu gehört auch, dass keine Werbung der  
95 Bundeswehr unter Minderjährigen erfolgt. Keine Kooperation von Schulen und  
96 Bundeswehr. Die Entscheidung der Bundesregierung, keine Rekrutierung Minderjähriger  
97 zum Dienst an der Waffe mehr zuzulassen war deshalb ein richtiger Schritt.  
98 (~~Erläuterung: s. ver.di-Beschluss A 230 vom 3. Bundeskongress 2011~~)

99 Die Bundeswehr hat angesichts von kostspieligen und teils zweifelhaften  
100 Auslandseinsätzen der vergangenen Jahrzehnte einerseits und Sparmaßnahmen  
101 andererseits, wie sie auch andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge betrafen,  
102 Infrastrukturdefizite und Ausrüstungsmängel bis hin zu unzureichender persönlicher  
103 Kleidung von Soldat\*innen zu beklagen. Erst langsam setzt sich die Einsicht durch,  
104 dass die Organisation und Ausstattung von Streitkräften nach  
105 Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten und unter Privatisierung vormals öffentlicher  
106 Aufgaben wie Bewachung, Fahrdienst oder Verpflegung gerade im zivilen Bereich der  
107 Bundeswehr ein Fehler war. Wie auch in anderen Bereichen gilt, dass der Staat eine  
108 originär staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge wie Verteidigung auch in öffentlicher  
109 Hand wahrnehmen muss. Die Behebung der bestehenden Mängel bedarf finanzieller Mittel.  
110 Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine jedoch ad hoc Schulden in Form  
111 eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro ausschließlich für die Bundeswehr aus  
112 dem Ärmel zu schütteln, während andere Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wie  
113 KiTas, Schulen, Krankenhäuser und viele weitere öffentliche materielle und soziale  
114 Infrastrukturen bekanntermaßen seit vielen Jahren unter massiven  
115 Investitionsdefiziten leiden, ohne dass seitens der Bundesregierung auch nur  
116 ansatzweise ähnliche Programme erwogen wurden, ist mehr als fragwürdig und wird daher  
117 von ver.di abgelehnt.

118 Noch kritischer ist das Vorhaben der Bundesregierung zu sehen, das Zwei-Prozent-Ziel  
119 der NATO dauerhaft erfüllen oder übererfüllen zu wollen. Abgesehen von den massiven  
120 Mehrausgaben, die wir ablehnen, ausgehend von den derzeitigen Verteidigungsausgaben  
121 in Höhe von ca. 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, werden Militärausgaben damit  
122 an konjunkturelle Schwankungen gekoppelt, nach der sie bei guter Konjunktur stark  
123 ansteigen, in einer Rezession aber auch sinken können. Das Zwei-Prozent-Ziel ist  
124 keine geeignete Orientierungsgröße für die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr und  
125 wird daher von ver.di abgelehnt. Konkrete Ausstattungsbedarfe der Bundeswehr müssen  
126 politisch entschieden und öffentlich diskutiert werden. Sie bedürfen der  
127 parlamentarischen Kontrolle und demokratischen Debatte und nicht eines  
128 konjunkturabhängigen Automatismus. Der richtige politische Maßstab ist, die  
129 finanzielle Ausstattung der Bundeswehr an dem zu bemessen, was zur Erfüllung ihrer  
130 Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung erforderlich ist. Dafür setzt ver.di  
131 sich auch im Interesse der Kolleg\*innen in der Bundeswehr ein.

132 So bedrohlich der Krieg Russlands gegen die Ukraine keine 1.000 Kilometer von  
133 deutschen Grenzen entfernt ist, es darf daraus nicht der Schluss einer Auf- und  
134 Hochrüstung der Bundeswehr und der NATO gezogen werden. Das betrifft zum einen die  
135 Entwicklung neuartiger Waffen und Waffensysteme und der Verwendung neuer  
136 Technologien, wie „Künstlicher Intelligenz“. Weder dürfen öffentliche Hochschulen und  
137 Forschungseinrichtungen auf die eine oder andere Weise, etwa durch strukturelle  
138 Unterfinanzierung, dazu gedrängt werden, entsprechende Forschung durchzuführen (und  
139 Zivilklauseln faktisch auszuhebeln), noch dürfen autonome Waffensysteme entwickelt  
140 oder durch die Bundeswehr eingesetzt werden. ver.di fordert die Bundesregierung auf,  
141 sich für die weltweite Ächtung autonomer Waffen einzusetzen. Zum anderen betrifft das  
142 die mit der Anschaffung amerikanischer F35-Kampffjets bereits eingeleitete  
143 Modernisierung der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands, die von ver.di abgelehnt wird.  
144 Die zerstörerischen Folgen eines Einsatzes von Nuklearwaffen sind kaum berechenbar,  
145 die Auswirkungen auf Menschen und andere Lebewesen hinsichtlich der Betroffenheit in  
146 räumlicher und zeitlicher Hinsicht schwer einzugrenzen. Auch hier sollte sich die  
147 Bundesregierung wie auch bezüglich anderer biologischer und chemischer  
148 Massenvernichtungswaffen für eine weltweite Ächtung einsetzen und darauf hinarbeiten,  
149 dass weitere Staaten dem Atomwaffensperrvertrag beitreten und selbst den  
150 Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

151 Mit Sorge sieht ver.di die Fortdauer der viel zu vielen anderen Kriege und  
152 gewaltsamen Konflikte in der Welt. Diese sind angesichts des Krieges in der Ukraine  
153 teilweise weiter aus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt oder werden gar im  
154 Schatten dieses Krieges intensiviert. Die Menschen auch in Konfliktregionen wie  
155 Äthiopien, dem Jemen, Sudan, Iran und Syrien haben ein Recht auf Wahrung ihrer  
156 körperlichen Unversehrtheit, ihrer Menschenrechte und ihrer Freiheit, auf ein Leben  
157 frei von Armut und Not, ein Recht auf gute Arbeit und auf Zukunftsperspektiven. Die  
158 internationale Staatengemeinschaft darf diese Menschen nicht vergessen und muss die  
159 Bemühungen um friedliche Beilegungen dieser Konflikte verstärken.

160 Besonders besorgniserregend ist, dass nicht nur laufende Kriege und Konflikte in den  
161 letzten Jahren nicht oder kaum weniger geworden sind, sondern dass auch geopolitische  
162 Spannungen zwischen Weltregionen zugenommen haben und eine Rückkehr des Denkens in  
163 Machtblöcken zu beobachten ist. Solche Denkweisen und daran ausgerichtetes Handeln

164 von Regierungen in den internationalen Beziehungen bedeuten einen gefährlichen  
165 Rückschritt in Richtung vermehrter Konfrontation. Die Herausforderungen, vor denen  
166 die Menschheit als Ganzes in diesen Tagen steht, lassen sich jedoch nur gemeinsam,  
167 mit intensiverer Kooperation bewältigen. Es braucht daher dringend intensiver  
168 Bemühungen Deutschlands und der internationalen Staatengemeinschaft, um allgemeine  
169 und weltweite kontrollierte Abrüstung.

170 ver.di wirbt im DGB für einen erweiterten, umfassenden Sicherheitsbegriff, der nicht  
171 nur auf militärische Sicherheit beschränkt ist, sondern auch soziale Sicherheit,  
172 Gesundheit (Stichwort Pandemien), Versorgungssicherheit, eine faire Globalisierung,  
173 ökologische Nachhaltigkeit, Klimaresilienz und nicht zuletzt  
174 Geschlechtergerechtigkeit umfasst. Sowohl die Corona-Pandemie als auch die  
175 Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels zeigen auf die eine oder andere  
176 Weise, dass auf einem begrenzten Planeten mit Milliarden Menschen, die auf  
177 vielfältige Weise voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind, letztlich  
178 niemand sicher ist, bevor es nicht alle sind. Erst wenn eine solch umfassende  
179 Sicherheit für alle Menschen realisiert ist, werden wir von einer gerechten und  
180 dauerhaft friedlichen Weltordnung sprechen können. Eine Aufgabe für Generationen, an  
181 deren Mitwirkung sich ver.di hier und jetzt im Rahmen der deutschen wie der  
182 europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung wie auch der Friedensbewegung  
183 verpflichtet sieht.

184 Diese Perspektive einer umfassenden Sicherheit für alle Erdenbürger\*innen zu  
185 verfolgen, muss aus Sicht von ver.di oberstes Ziel der internationalen  
186 Staatengemeinschaft sein, das in ihren höchsten Institutionen wie den Vereinten  
187 Nationen und ihrer Unterorganisationen verfolgt werden muss.